



Ein Recht auf Zukunft



Entwicklung fördern, Jugend integrieren

Kinder- und Jugendvorhaben aus der Praxis

Mehr junge Menschen als je zuvor stehen an der Schwelle zum Erwachsenenalter. Rund 1,8 Milliarden Menschen sind zwischen 10 und 24 Jahren alt. 85 Prozent der Jugendlichen leben in Entwicklungsländern. Kinder und Jugendliche sind längst nicht nur Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch als wichtige Akteure anerkannt. Die Vereinten Nationen benennen Kinder und Jugendliche in Indikatoren zu vier der acht Millenniumsentwicklungsziele (MDGs 2, 3, 4, 8). Junge Menschen in die Gesellschaften zu integrieren, ihnen Zukunftsperspektiven zu eröffnen und sie an Entscheidungen teilhaben zu lassen, stellt viele Länder vor große Herausforderungen. Gerade Kinder und Jugendliche sind überproportional von Konflikten, Armut und ihren Auswirkungen wie dem Verfall der Familienstrukturen betroffen. Gleichzeitig stellt die kommende Generation wie keine andere einen Motor für gesellschaftliche Veränderungen dar.

Menschenrechte stärken

Die Kernaufgabe jedes Staates ist der Schutz und die Förderung bürgerlicher, politischer, ökonomischer und sozialer Rechte aller Bürger, auch derer von Kindern und Jugendlichen. Die spezifischen Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCRC) festgeschrieben. Dennoch werden junge Menschen überproportional durch negative soziale, wirtschaftliche und/oder politische Rahmenbedingungen benachteiligt. Mit dem Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte (MAP 2) unterstreicht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die Bedeutung der Rechte. Sie unterstützt mit diesem Menschenrechtsansatz und mit Capacity Development für Pflichtenträger gezielt politische, soziale und institutionelle Reformprozesse, die nachhaltig die gesellschaft-

liche Ausgrenzung junger Menschen abbauen. Neben der Politik- und Organisationsberatung setzt Jugendförderung auf das Potenzial der Heranwachsenden zur Selbsthilfe und Selbstorganisation. Kinder und Jugendliche werden ermutigt, als Rechteinhaber aktiv zur Veränderung ihrer Situation beizutragen und ihre Rechte einzufordern.

Erfolgsfaktoren

Die Publikation stellt dar, welche Wirkungen die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützten Vorhaben der deutschen TZ in der Kinder- und Jugendförderung erzielt haben. Die Analyse zahlreicher Berichte über die Vorhaben hat entscheidende Erfolgsfaktoren herausgearbeitet.

Der Dreiebenenansatz verknüpft die Arbeit auf der Makro-, Meso- und Mikroebene miteinander. Die Politikberatung auf der Makroebene unterstützt Regierungen, um gesellschaftliche Rahmenbedingungen zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu reformieren. Dabei geht es um Capacity Development beziehungsweise um Professionalisierung der Institutionen. Auf der Mesoebene beraten Vorhaben staatliche und nichtstaatliche Organisationen bei deren Vernetzung sowie bei der praktischen Umsetzung von nationalen Politiken. Auf der Mikroebene unterstützen Vorhaben lokalen Organisationen bei der Entwicklung und Umsetzung von innovativen Pilotvorhaben beispielsweise der mobilen Jugendsozialarbeit, der Gemeinwesen- und Aufklärungsarbeit. Wenn diese Innovationen erfolgreich sind, fließen sie in die lokale und nationale Politikberatung ein. So schließt sich der Kreislauf.

Strukturen zu stärken hilft, die Beteiligung junger Menschen systematisch zu fördern. Hierzu gehört, sowohl die staatlichen Pflichtenträger als auch Strukturen im nichtstaatlichen Jugendbereich zu stärken. Die Arbeit mit Jugendorganisationen sowie die Einrichtung von Jugendräten sind weitere Erfolgsfaktoren für EZ-Vorhaben.

Akteure in Netzwerken oder in Multistakeholder-Prozessen zu verknüpfen, trägt zum Erfolg von Jugendförderung bei. Es erleichtert den Dialog und die Abstimmung unter den Partnern, wenn unterschiedliche gesellschaftliche Akteure aus Privatwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft einbezogen sind.

Empowerment-Ansätze helfen jungen Menschen, ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen, zu nutzen und weiter auszubauen. Sie stärken Autonomie und Selbstbestimmung im Leben junger Menschen. Empowerment-Ansätze ermöglichen es Heranwachsenden, ihre Interessen selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten und zu gestalten.

Jugendbeteiligung, die Partizipation Heranwachsender in Entwicklungsprozessen, ist ein weiterer Erfolgsfaktor. Jugendbeteiligung heißt, Jugendliche in sie betreffende Entscheidungsprozesse und deren Umsetzung als gleichberechtigte Partner einzubeziehen. Jugendliche selbst sind Experten ihres eigenen Lebensumfeldes. Wenn Kinder und Jugendliche ihr Lebensumfeld selbst gestalten, können sie auch als Erwachsene ihre Potenziale besser nutzen. Erst durch eigene Beteiligung übernehmen Jugendliche Verantwortung, sogenanntes Ownership, für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Prozesse.

Die Vermittlung von Life Skills und anderen wichtigen Fertigkeiten fördert die Sozialkompetenz der Jugendlichen. Bausteine der Life Skills sind kritisches und kreatives Denken sowie Gefühls- und Stressbewältigung. Jugendliche profitieren auf vielfältige Weise von Schulungen in Life Skills. Diese helfen jungen Menschen, sich zu orientieren und in der Gesellschaft zurechtzufinden und sich mit bestehenden Werten auseinanderzusetzen. Auch der verantwortungsbewusste Umgang mit der eigenen und der Gesundheit Anderer sowie der Umwelt sind relevante Kompetenzen, die von den Jugendlichen genutzt werden. Modulare Trainingsprogramme verbinden Life Skills mit Entrepreneurship sowie Methoden der Selbstorganisation und Mediation. Life Skills-Schulungen stärken damit die Erfolgsaussichten von Integrations- und Präventionsvorhaben entscheidend.

Die Publikation „Entwicklung fördern, Jugend integrieren.“⁴¹ stellt Wirkungen und Erfolgsfaktoren an zahlreichen Beispielen dar. Sie beschreibt Ansätze aus den Themenfeldern Rechte und Schutz, Beteiligung, Beschäftigung, Gesundheit sowie Gewaltprävention.

Rechte und Schutz stärken

Durch Kinderarbeit, Kinderhandel, Ausbeutung werden Kinder und Jugendliche in zahllosen Ländern missbraucht. Oft genug wird nicht beachtet, dass Kinder und Jugendliche grundlegende Rechte haben. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen definiert Pflichten des Staates, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kinder und Jugendliche auf der einen Seite diese Rechte wahrnehmen können und auf der anderen Seite ausreichend geschützt werden. Erfolgreiche Ansätze der deutschen EZ liegen beispielsweise in der Beratung, wenn Kinderschutzgesetze umgesetzt werden. Dazu gehören gezielte Schulungen staatlicher Pflichtenträger in Verwaltungen, Polizei und Gerichten. Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen für Kinder- und Jugendrechte schaffen Bewusstsein in der Bevölkerung für die besondere Situation junger Menschen.

Die Wirkungen:

- In Nepal verabschiedete die Regierung mit Beratung der GTZ den Masterplan für die Abschaffung der Kinderarbeit. Durch Betreuungsangebote und Beschäftigungsförderung stieg der Schulbesuch in der Region des Vorhabens um 37 Prozent. Der Anteil der Nicht-Schüler in der Region sank innerhalb von fünf Jahren um 24 Prozent.
- In Guatemala unterstützte die GTZ Reformen in der Jugendförderung. Ein Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und eine Nationale Jugendpolitik definieren seitdem Rahmen und Leitlinien der Jugendförderung. Jugendbeteiligung wurde in ausgewählten Gemeinden durch Jugendräte verankert.
- In Kenia verabschiedete die Regierung 2001 mit Unterstützung eines GTZ-Vorhabens ein Kinderschutzgesetz. Die Regierung Kenias gründete 2005 ein neues Ministerium für Jugendangelegenheiten und legte 2006 eine Nationale Jugendpolitik vor. Die Ministerien für Erziehung, Gesundheit, Arbeit, Handel, Landwirtschaft und Kommunalangelegenheiten integrierten Kinder- und Jugendthemen in ihren Sektorpolitiken und den jeweiligen Budgets. Die Maßnahmen haben 100.000 Heranwachsende erreicht.

Beteiligung erhöhen

Obwohl gesellschaftliche und politische Teilhabe von Jugendlichen in internationalen Abkommen festgeschrieben ist, haben Jugendliche in vielen Staaten dieser Welt wenig oder keine Mitsprache in den für sie relevanten Entscheidungsprozessen. EZ-Vorhaben fördern systematisch die Partizipation junger Menschen. Offene, funktionierende Strukturen sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. Der Aufbau des staatlichen und nichtstaatlichen Jugendsektors steht daher immer im Vordergrund. In der praktischen Umsetzung bedeutet dies beispielsweise die Beratung solcher Jugendpolitiken, die dazu beitragen, die Belange von Mädchen und Jungen in unterschiedlichen Fachministerien sowie in übergeordneten internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Strategien zu verankern. Eine Jugendpolitik und nach-

folgende Aktionspläne sind eine zielgerichtete und wirkungsorientierte Weise, auch finanzielle Ressourcen des Staates für Jugendförderung in allen Sektoren zu sichern. Gleichzeitig steht die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Vorhaben im Vordergrund, um sie als Jugendpromotoren, Peer Educators oder Multiplikatoren zu einer aktiven Teilhabe an der Gestaltung ihrer Gesellschaft zu motivieren.

Die Wirkungen:

- Mit Unterstützung der GTZ verabschiedete Uganda ein Kindergesetz und eine sektorübergreifende Nationale Jugendpolitik. Der darauf folgende Nationale Aktionsplan setzte die politischen Vorgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen um. Zusätzlich erklärte die ugandische Regierung die Jugendförderungsansätze der GTZ zum Nationalen Programm. Deshalb flossen weitere erhebliche Finanzmittel aus dem ugandischen Armutsbekämpfungsfonds in sektorübergreifende Maßnahmen zugunsten junger Menschen,
- Ein Vorhaben in Chile beriet das Nationale Jugendinstitut und den Sozialfonds Chiles. 42 Stadtverwaltungen richteten Jugendhilfeangebote ein und entwickelten regionale Jugendpläne. Drei Jahre nach dem Ende des Vorhabens finanziert die chilenische Regierung erneut ein von der GTZ initiiertes Jugendbeschäftigungsprogramm des Sozialfonds mit 2 Millionen US-Dollar.
- In Bosnien unterstützt ein Vorhaben die Nationale Jugendkommission bei der Entwicklung einer Jugendpolitik. Jugendräte bilden auf der Gemeindeebene neue Strukturen für die Jugendbeteiligung. Sie verankern die Mitsprache nachhaltig. Bereits 85 Prozent der Pilotgemeinden – in diesem Fall 50 Gemeinden – verabschiedeten eine multisektorale Jugendstrategie, die mehr als 50.000 Jugendliche erreichte. Aufgrund einer staatlich anerkannten Ausbildung für Jugendreferenten und deren Zusammenschluss in einer eigenen Vereinigung hat sich die Jugendarbeit in den Gemeinden qualitativ verbessert.
- Im Kosovo wird mit Unterstützung der GTZ voraussichtlich im Herbst 2009 ein Jugendgesetz zur Förderung und Beteiligung Jugendlicher verabschiedet.

Beschäftigung fördern

Jugendliche sind mehr als andere Bevölkerungsgruppen von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher (15- bis 24-Jährige) ist zwischen 1995 und 2006 von 74 Millionen auf 85 Millionen weltweit gestiegen. Um die Arbeitslosigkeit junger Menschen zu bekämpfen, verbindet der Ansatz der Jugendbeschäftigungsförderung berufliche Bildung mit Jugendsozialarbeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Privatwirtschaftsförderung. Vorhaben der Jugendbeschäftigungsförderung unterstützen die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Jugendliche und verbessern durch berufliche Bildung die Beschäftigungsfähigkeit junger Frauen und Männer. Arbeitsmarktinformationssysteme gewährleisten einen effektiven Abgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Alternativ kann Jugendbeschäftigungs-

förderung auch bedeuten, die Jugendvorhaben um beschäftigungsrelevante Komponenten zu erweitern, beispielsweise um das Thema Youth Entrepreneurship beziehungsweise die Fokussierung von Privatwirtschaftsförderung auf Heranwachsende auszudehnen.

Die Wirkungen:

- Das Vorhaben „Rückführung und Reintegration Jugendlicher“ in Sierra Leone hilft beim Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg. Durch die Reintegration von 1.700 Jugendlichen in ihre Dörfer stärkt das Vorhaben das Sozialkapital in den Distrikten des Vorhabens. Die Rückkehrer haben unter anderem 1.200 Hektar Reisfelder bestellt. Sie stellen ihre Nahrungsmittelversorgung sicher und produzieren Überschuss für den lokalen Markt.
- Die GTZ-Beratung trug dazu bei, dass die Regierung El Salvadors einen Nationalen Jugendplan verabschiedete. Lokale Arbeitsämter bildeten Netzwerke und schufen so dezentrale Kompetenzen und Angebote, um junge Arbeitssuchende in der Region des Vorhabens zu vermitteln. Existenzgründungsprogramme boten Jugendlichen Mikrokredite als Startkapital. Die Regierung El Salvadors übernahm Beschäftigungsansätze der GTZ.
- Ein Vorhaben in Sri Lanka erneuerte die Berufsbildungsangebote in zwei staatlichen Ausbildungsinstituten. Bedarfsanalysen auf dem Arbeitsmarkt, moderne Didaktik und verpflichtende Praxisanteile modernisierten die Berufsausbildung. Mit Erfolg: Mehr als 60 Prozent der befragten Absolventen eines Jahrgangs fanden eine bezahlte Anstellung.
- 2005 verabschiedete Uganda einen Nationalen Jugendbeschäftigungsplan, der anstrebte, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern und Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. 25 Prozent der Jugendpromotoren in einem Jugendvorhaben in Uganda erzielten ein höheres Einkommen als die Kontrollgruppe. Zudem konnten sie auf differenzierte Einkommensquellen zurückgreifen und waren damit nicht mehr von der Subsistenzwirtschaft abhängig.

Gesundheit fördern

Kinder und Jugendliche sind meist neugierig, kreativ und innovativ. Diese Eigenschaften können u.a. jedoch zu einem höheren Risikoverhalten führen. So steigt die Zahl der Gewaltdelikte, des Drogenmissbrauchs, der Schwangerschaften bei minderjährigen Mädchen und der HIV-Infektionen unter der jugendlichen Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern. Mädchen und Jungen, insbesondere aus benachteiligten Bevölkerungsschichten, sind vielfältigen Gesundheitsrisiken ausgesetzt, beispielsweise durch Mangelernährung, Kinderarbeit oder unhygienische Wohnverhältnisse.

Die umfassende Förderung der Jugendgesundheit basiert auf integrierten multisektoralen Ansätzen der Jugendarbeit. Integrierte Jugendgesundheitsförderung begleitet junge Menschen auf dem Weg zum Erwachsenwerden. Sie berücksichtigt alle soziokulturellen Bedingungen aus

dem Lebensumfeld. Diese Art der Förderung verknüpft Institutionen des Gesundheitssektors mit Akteuren aus den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Soziales, Sport und Kultur, um Programme gemeinsam zu planen und umzusetzen. Integrierte Jugendgesundheitsförderung beschränkt sich nicht auf medizinische Versorgung und Prävention, sondern stärkt Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Persönlichkeitsbildung. Die gezielte Stärkung von Mädchen ist hierbei besonders wichtig.

Die Wirkungen:

- In Paraguay hat die Regierung mit Unterstützung der GTZ eine Nationale Strategie zur integralen Jugendgesundheitsförderung verabschiedet. Diese Strategie etablierte eine bedarfsgerechte Beratung für Jugendliche in Gesundheitszentren und stellte finanzielle, materielle und personelle Ressourcen für Jugendliche im Bildungs- und Sozialbereich sowie den Gemeindeverwaltungen sicher. Die Angebote von Jugendorganisationen, Gemeinden und Stadtverwaltungen erreichten 18.000 Jugendliche direkt. Innerhalb von zwölf Monaten stieg die Inanspruchnahme der Gesundheits- und Sozialdienste für Jugendliche um 44 Prozent.
- In Tansania führte ein Vorhaben Beratungsangebote zu HIV/AIDS und Peer Education zu Aufklärungsthemen in Schulen ein. Der Anteil der Schüler mit Basiswissen über HIV/AIDS ist in der Region des Vorhabens von knapp 40 Prozent auf 90 Prozent gestiegen. Die Beratungslehrer haben rund 60.000 Beratungsgespräche durchgeführt. Die Maßnahmen erreichten 26.000 Jugendliche.
- Die GTZ und eine lokale Nichtregierungsorganisation haben in einem Armutsgebiet Limas den Drogenhandel reduziert. Im Stadtteil Manzanilla II konnte ein Modell entwickelt werden, das anhand eines integrierten Stadtteolförderungsansatzes nachweisliche Erfolge in der Drogenprävention und Stadtteilentwicklung erzielte und Einfluss auf die kommunale Jugendpolitik hatte.

Jugendgewalt verhindern

Überall auf der Welt erleben Kinder und Jugendliche Gewalt und Kriminalität im Laufe ihres Aufwachsens. Nicht nur in Entwicklungsländern sind sie sowohl Opfer als auch Täter. Die Ursachen für Gewalt und ihre Erscheinungsformen sind so unterschiedlich wie komplex. Mangelnde soziale Kompetenzen, Gewalt in der Familie, gesellschaftliche Ausgrenzung spielen ebenso eine Rolle wie eine schlechte oder keine Ausbildung, fehlende Zukunftsperspektiven oder sozialer Neid.

Ungünstige Sozialisationsverläufe können gewalttägliches Handeln Jugendlicher fördern. Programme zur Bekämpfung und Prävention von Jugendgewalt setzen deshalb früh und bei vielen Sektoren an. Sie berücksichtigen das familiäre Umfeld und die Schlüsselakteure im Leben der Heranwachsenden. Von entscheidender Bedeutung für eine systemische Jugendgewaltprävention sind Politikberatung sowie Netzwerke, die Akteure aus Schlüsselsektoren wie Justiz, Polizei, Bildung, Gesundheit und Berufsbildung einbeziehen. Im Vordergrund steht dabei, die Jugendförderung in Ministerien und Ämtern, Kommissionen und Räten sowie Berufsverbänden und Jugendorganisationen zu stärken. Die Ausbildung von Jugendlichen zu Jugendpromotoren oder Konfliktmediatoren ermöglicht es, dass junge Menschen selbst ihr Lebensumfeld mitgestalten und Gewalt zurückgeht.

Die Wirkungen:

- Ein Vorhaben in Südafrika bildet Jugendliche zu Konfliktschlichtern in Townships aus. Aufgrund ihrer Präsenz sank die Gewalt in den Gebieten des Vorhabens um 30 Prozent. Die Anerkennung der Konfliktschlichter ist groß: auf jährlich 365 neue Plätze kommen 20.000 Bewerbungen. Durch die Fortbildungen zum Konfliktschlichter finden 90% der Jugendlichen nach dem sozialen Jahr eine Erwerbsmöglichkeit.
- Im Osten der Demokratischen Republik Kongo nehmen 6.000 junge Menschen, teils ehemalige Kindersoldaten, teils Straßenkinder oder Vollwaisen, an nachholender Grundbildung und anschließenden Ausbildungsprogrammen teil. 60 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sichern heute ihren Lebensunterhalt selbst. Mit Unterstützung des Vorhabens steigerten sie ihr monatliches Einkommen um 300 Prozent von weniger als 15 US-Dollar auf 45 US-Dollar. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zur Inklusion junger Menschen, welche andernfalls oft von bewaffneten Gruppierungen mobilisiert werden, geleistet.
- Ein überregionales Vorhaben zur Jugendgewaltprävention in Lateinamerika unterstützte seine Partnerländer, sich zu Vernetzen und Maßnahmen zur Jugendgewaltprävention zu ergreifen. Honduras beispielsweise richtete ein Jugendministerium ein. Stadtverwaltungen in Kolumbien entwickelten Jugendpolitiken, Beschäftigungs- und Gewaltpräventionsvorhaben. Nicaragua verabschiedete eine sektorübergreifende Nationale Jugendpolitik.

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 (0) 61 96 79-0
F +49 (0) 61 96 79-1115
I www.gtz.de

Verantwortlich/Kontakt:

Sektorvorhaben Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten
Tina Silbernagl
E youth@gtz.de
I www.gtz.de/youth

Bildnachweis:

Sektorvorhaben Umsetzung von
Kinder- und Jugendrechten

Eschborn, Oktober 2009

